Lecha Caunty Patriot.

Allentaun, Pa., September 8. 1868.

Republikanische Ernennungen.

Für nächster President:

Ulysses S. Grant,

General der Armee der Vereinigten Staaten.

Für Vice-President:

Schuyler Colfax,

Von Indiana.

Für Auditor General:

Major General J. F. Hartranft,
von Montgomery Caunty.

Für Landmesser General:

Colonel J. M. Campbell,
von Cambria Caunty.

Wahltage, Dienstag, 13. October und am 10. November, 1868.

Für Presidenten-Erwähler:

Senatorial-Erwähler:
G. Morrison Coates, von Philadelphia,
Thomas M. Marshall, von Pittsburg.

Representative - Erwähler:

1. William H. Barnes,	13. Samuel Snow,
2. William J. Pollock,	14. B. F. Wagonseller,
3. Richard Wilden,	15. Charles H. Muller,
4. George W. Hill,	16. George W. Elser,
5. Watson P. McGill,	17. John Stewart,
6. John H. Bringhurst,	18. A. G. Olmstead,
7. Franklin Hooter,	19. James Gill,
8. Isaac Eckert,	20 Henry C. Johnson,
9. Maris Hoopes,	21. J. K. Ewing,
10. David M. Rank,	22. William Trew,
11. William Davis,	23. A. W. Crawford,
12. Winth. W. Ketcham,	24. J. S. Retan.

Republikanisches Caunty-Ticket.

Für Congreß:
Charles M. Runk, von Allentown.

Für die Gesetzgebung:
William H. Glace, von Catasauqua.
Daniel D. Jones, Slatington.

Für Gehülfs-Richter:
Samuel J. Kistler, von Heidelberg.

Für Scheriff:
Walter H. Seip, von Allentown.

Für Distrikt-Anwalt:
William H. Deschler, von Allentown.

Für Recorder:
William J. Haines, von Allentown.

Für Caunty-Commissioner:
Jonas Kern, von Waschington.

Für Armen-Director:
Joseph Gaumer, von Ober-Milford.

Für Caunty-Landmesser:
Edward Kohler, von Nordwhitehall.

Für Auditor:
Theodore Green, von Hokendauqua.

Für Trustees:
William S. Young, sen., Allentown.
W. W. Weaver, do.

Republikanische Massenversammlung.

Wer letzten Dienstag durch die Straßen unserer Stadt ging, dem wird es gewiß aufgefallen sein, so vielen Fremden zu begegnen, und wenn man einen oder den andern derselben nach der Ursache seines Hierseins fragte, so bekam man immer die Antwort, daß sie gekommen wären, den berühmten Redner Gen. Carl Schurz zu hören, und als Abends die Extra-Züge der verschiedenen Eisenbahnen ankamen, welche alle zum Erdrücken voll waren, wurde es schwer, durch die Straßen unserer Stadt zu gehen, ein Beweis, daß es doch noch mehr treue Republikaner gebe, als uns die demokratischen Zeitungen glauben zu machen suchen. So kam es auch, daß lange vor dem Beginn der Versammlung im Courthause, wo Gen. Schurz sprechen sollte, der geräumige Saal kaum die ungeheure Masse der Anwesenden fassen konnte, und gewiß hat jedem Republikaner sein Herz freudig geschlagen, wenn er seinen Blick über diese respektable Versammlung schweifen ließ.

Gen. Schurz, welcher bei seiner Ankunft hier von Herrn Ainey, Präsidenten des „Grant und Colfax Clubs", am Depot empfangen wurde, begab sich in Begleitung dieses Herrn in die Wohnung unseres würdigen Mitbürgers Herrn Aschbach, dessen Gast er während seines Hierseins gewesen, und kurz nach 8 Uhr kam er in's Courthaus, wo ihn die harrende Versammlung mit herzlichem Enthusiasmus empfing.

Hr. Henry Weinsheimer rief die Versammlung zur Ordnung, und nachdem der Allentown „Glee Club" einen geeigneten Gesang vorgetragen, stellte Hr. Weinsheimer den Gen. Schurz der Versammlung vor, welcher nun seine herrliche Rede begann.

Wie theilen unseren Lesern diese ausgezeichnete Rede nachfolgend so vollständig als es uns möglich und unser Raum erlaubte mit. Alle, welche nicht Gelegenheit hatten, dieselbe zu hören, sollten sie mit Aufmerksamkeit lesen, um sich von den unumstößlichen Wahrheiten, welche dieselbe enthält, zu überzeugen.

Nachdem Gen. Schurz seine Rede, die über ein und eine halbe Stunde dauerte, und oft vom stürmischten Beifall aller Anwesenden unterbrochen wurde, beendet, trug der Allentown „Glee Club zum Schluß noch einen geeigneten Gesang vor und wurde hierauf diese Versammlung geschlossen.

Während diese Versammlung im Courthause abgehalten wurde, fand eine andere große republikanische Massenversammlung auf dem öffentlichen Square statt. Auch hier hatte sich wiederum eine fast nnübersehbare Volksmasse versammelt, um die ausgezeichneten Reden, welche von den Herren Prof. Miller von Chicago, und Col. Wetherhill von Bethlehem gehalten wurden, zu hören.

Ehe diese Versammlung sich organisirte, paradirten die verschiedenen „Grant und Colfax" Vereine von Allentown und andere ähnliche auswärtige Vereine, die gekommen waren, um an der Versammlung Theil zu nehmen, mit klingendem Spiel und zahlreichen Fackeln in Prozession durch die Straßen der Stadt.

Die Prozession wurde von folgenden Vereinen gebildet:

Grant und Colfax Invincibles von Allentown, mit Tambour- und Musikcorps.
Grant und Colfax Club und Boys in Blue von Slatington, mit Tambour- und Musikcorps.
Invincibles und Boys in Blue von Catasauqua.
Grant und Colfax Club von Hokendauqua.
Grant und Colfax Club von Coplay.
Grant und Colfax Invincibles und Boys in Blue von Bethlehem.

Nachdem die Parade vorüber war, begaben sich die verschiedenen Vereine nach dem Square, wo dann Hr. Ainey die Versammlung zur Ordnung rief und Prof. Miller der Menge vorstellte, der darauf eine ausgezeichnete, oft von stürmischem Beifall unterbrochene Rede hielt. Auf ihn folgte Col. Wetherhill in einer gediegenen Rede, welche ebenfalls mit herzlichem Beifall aufgenommen wurde.

Während dessen war die Versammlung im Courthause zu Ende, und da es bekannt war, daß Gen. Schurz auch eine englische Rede halten würde, waren Alle auf die Ankunft des gefeierten Mannes gespannt. Er erschien denn endlich auf der Rednerbühne und wurde mit lange anhaltendem, stürmischem Beifall begrüßt. Doch war er durch die lange, anstrengende Rede im Courthaussaale so sehr angegriffen, daß er nicht mehr im Stande war, laut genug zu sprechen, um von der großen Menge gehört zu werden. Nachdem er nur kurz in englischer Sprache gesprochen und oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, zog er sich zurück, und so endete eine der größten republikanischen Versammlungen, die je in Allentown abgehalten wurden.

Darauf begaben sich die verschiedenen Vereine mit ihren Musikbanden nach der Wohnung des Herrn Aschbach und brachten Gen. Schurz eine Serenade, für welche Ehre er den Vereinen in herzlichen Worten dankte und sie nochmals aufforderte, treu zu sein der guten Sache, für die sie schon einmal in den Kampf und Sieg gezogen wären.

Auch wir rufen allen rechtlich denkenden Menschen zu:

„Stehet fest! Schon ist in Vermont der erste Schuß gefallen und das Gewehrfeuer hat in Wilmington begonnen, und sehen wir die Reihen unserer Feinde gelichtet. An uns ist es, den harten Kampf zur Entscheidung zu bringen. Zeigen wir uns als Männer, um nicht mit Schande von unseren treuen Mitkämpfern für Freiheit und Recht angesehen zu werden!"

Die Rede
des Gen. Carl Schurz

Unser Raum erlaubt uns nicht die herrliche Rede, welche Gen. Carl Schurz letzten Dienstag Abend hier im Courthaussaale zu einer sehr zahlreichen und enthusiastischen Versammlung hielt, wörtlich wieder zu geben, obgleich sie von Jedem, der Aufklärung über die wichtigen Tagesfragen, welche bei der nächsten Wahl zur Entscheidung kommen sollen, zu erhalten wünscht, aufmerksam gelesen werden sollte.

Gen. Schurz bemerkte beim Beginn seiner Rede, daß er nicht durch klangreiche Phrasen oder durch Wortgeklingel seine Zuhörer zu unterhalten suchen werde, er wende sich einfach an den Verstand derselben und werde bloß Thatsachen anführen und sie durch unbestreitbare Beweise begründen. Nachdem er einen kurzen Ueberblick der Ursachen des letzten unheilvollen Bürgerkrieges, Sklaverei und Sklavenhalter-Aristokratie, welche beiden den Grundsätzen unserer freien Republik entgegen sind, gegeben hatte, sagte er:

„Auch die Demokraten mußten damals, als die Sklaverei abgeschafft wurde, mit Freuden diesen Augenblick begrüßen. Durch die Aufhebung der Sklaverei war nun die erste Ursache des Krieges gehoben, es entstand aber durch die Freimachung der Sklaven eine Lücke, die wieder ausgefüllt werden mußte, und zwar nur auf Grund der Prinzipien unserer Constitution. An die Stelle der Sklaverei mußte die freie Arbeit treten. Aber wie war das möglich? Wären die Regierungen der südlichen Staaten despotisch gewesen, so hätte es wie in Rußland geschehen können, wo der Kaiser einfach dictirte, die Leibeigenschaft soll von heute abgeschafft, die Leibeigenen den Grundbesitzern, den Aristokraten, gleich und vor deren Uebergriffen geschützt sein. Dies wäre natürlich im Süden nicht möglich. Dort muß diese Aufgabe der Selbstregierung der Staaten, dem Volke des Südens selbst überlassen bleiben. Wer ist aber das Volk des Südens? Das südliche Volk besteht aus 3 Classen: aus der großen Masse der Weißen, die die Rebellion gemacht haben, aus den Unionsleuten, brave Leute, die aber leider nur sehr in der Minorität sind, und aus den ehemligen Sklaven. Welcher Classe der Bevölkerung sollte nun das Werk der Einführung der freien Arbeit anvertraut werden? Den Weißen, die die Rebellion machten, die sich zu dem Zwecke schlugen und ihr Alles opferten, um die Sklaverei im Süden zu verewigen? Gewiß nicht. Sie würden es gerade so machen, wie es die Junker von Mecklenburg machen würden, wenn dort das Verhältniß der Hörigkeit abgeschafft und die neue Ordnung der Dinge den Händen jener Leute anvertraut werden sollte. Es wurde allerdings nach dem Kriege dieser Vorschlag gemacht, und ganz besonders wurde dies in dem Vertrage zwischen dem General Sherman und dem Rebellen-Gen. Johnson stipulirt, allein es ging damals ein Schrei der Entrüstung durch alle loyalen Staaten des Nordens und man fragte sich, ist Sherman verrückt oder zum Verräther geworden? Meine Herren, ich erkläre Ihnen, daß ich nichts gegen Sherman sagen will, er irrte nur aus Großmuth und gegenwärtig herrscht im ganzen Lande nur ein Gefühl der Dankbarkeit für die Dienste, die er dem Vaterlande gethan, und man hat den Irrthum von damals vollständig vergessen. Andrew Johnson nahm diesen Plan wieder auf. Er setzte im Süden südliche Legislaturen ein, und was war die Folge davon? Sie erließen Gesetze auf Gesetze, welche die Slaverei gerade nicht gut hießen und wieder einführten, aber doch einen Zustand schafften, der der Sklaverei sehr ähnlich war. Damals ging so recht der Spruch in Erfüllung: den Bock zum Gärtner setzen.

Glücklicher Weise nahm der Congreß dem Präsidenten das Reconstruktionswerk aus den Händen. Der Congreß ging von den richtigen Grundsätzen aus, die politische Macht im Süden, d. h. das Stimmrecht, darf nicht auf diejenigen beschränkt werden, die der freien Arbeit entgegen arbeiten, sondern muß besonders denen anvertraut werden, die derselben das Wort reden; die politische Macht darf nicht denen übertragen werden, welche die Union zu zerstören trachteten, sondern denen, die der Union in der Gefahr beistanden. Deshalb appellirte der Congreß an das ganze Volk, an das ganze loyale Volk des Südens, gleichviel, ob es ein weißes oder schwarzes Gesicht habe.

Auf dieser Basis wurde das Reconstructionswerk vom Congresse in Angriff genommen und sicher war dies die einzig richtige, die von Niemandem, mag er Republikaner oder Demokrat sein, angegriffen werden kann. Die Demokraten aber denken nicht so; sie sagen: Wenn diese Maßregeln auch nach allgemeinen Grundsätzen richtig sind, so müssen sie doch für null und nichtig erklärt werden. Alles muß umgestoßen werden. Ja, sie gehen so weit, daß sie die im Süden vom Congreß eingesetzten Regierungen mit dem Bayonnet auseinander treiben wollen.

Wenn die Demokraten so sprechen, so müssen sie jedenfalls Gründe dafür haben, meinte der Redner, und legte nun die Gründe dar, welche die Demokraten gegen die Rekonstruktion geltend machen wollen. Er führt als solche vornehmlich folgende drei an. Zunächst, daß jene Maßregeln gegen den Sinn der Bundesconstitution verstoßen, und dann, daß der Neger zu dumm zum Stimmen sei, und daß dadurch, wenn demselben das Stimmrecht verliehen werde, eine Negerherrschaft eingeführt würde. Er entkräftet diese lächerliche Behauptung durch den schlagendsten Beweis, indem er durch Zahlen die Unmöglichkeit einer solchen Eventualität darthut.

Gegenwärtig leben im Süden 9 Millionen Weiße und 3½ Million Schwarze, sagt er, sind die 9 Millionen Weiße so erbärmlich, daß sie sich von 3½ Million Schwarzer in den Boden treten lassen, so verdienen sie es nicht anders. Eine Negerherrschaft im Süden ist nicht möglich, denn die Weißen sind nicht nur an Zahl bedeutend überlegen, sondern sie besitzen auch Alles, was sie über den Schwarzen erhebt: Geld, Grundbesitz, Bildung, politische Erfahrung ꝛc.

Und doch sollen 3½ Million über 9 Millionen herrschen? Die südlichen Demokraten haben außerdem aber auch noch andere Hülfsquellen. Nur Weiße gehen nach dem Süden, gewiß kein Schwarzer, und verständen nur die Südlichen die weißen Ankömmlinge und Einwanderer zu halten und ihnen eine wünschenswerthe Heimath zu sichern, so würden sie bald an Zahl noch bedeutend den Schwarzen überlegen sein. So aber versuchen sie nicht nur den Schwarzen auf jede Weise zu unterdrücken, sondern auch jeden Weißen, der mit ihren politischen Ansichten nicht übereinstimmt, aus dem Lande hinaus zu jagen und machen ihm den Aufenthalt im Süden überhaupt unmöglich.

Es ist mir und gewiß allen Republikanern oft der Gedanke gekommen, daß die Demokraten wenig Respect vor dem Verstande derjenigen haben müssen, denen sie derartige Argumente vorlegen. Alle möglichen Schreckensscenen und Gräuelthaten hat sie für den Fall prophezeit, wenn der Neger freigelassen würde. Keine dieser Prophezeiungen ist eingetroffen, noch nie ist eine ganze Classe Menschen, die in der empörendsten Sklaverei gehalten wurde, so ruhig und gleichmüthig in den Zustand der absoluten Freiheit übergetreten. Wir haben von keinem Falle gehört, in dem sich ein früherer Sklave für die erlittenen Unbilden an seinem Herrn und dessen Familie gerächt hätte.

Der dritte Grund der Demokraten gegen die Reconstruktion ist die Finanzfrage. Die Demokraten sagen, die Republikaner haben das Land ruinirt, denn sie hattrn eine Majorität im Congreß. Die Schuld aber, daß unsere Geschäfte gegenwärtig gestört sind, und daß überhaupt die Entwicklung des Landes gehemmt ist, liegt nicht an den Republikanern. Die Geschichte lehrt uns, daß ein jeder Krieg Nachtheil bringt. So auch bei uns. In den Jahren 1861—'65 stellten wir 1,200,000 Mann in's Feld; wir nahmen sie vom Pflug, aus der Werkstatt, der Fabrik, dem Geschäft, kurz aus jenen Plätzen, die hervorbringen. Wir stellten sie in's Feld, um zu zerstören. Wenn nun aber alle diese kräftigen Arme von den arbeitenden Plätzen an zerstörende Arbeit versetzt werden, so ist es natürlich, daß das Lano in jeder Beziehung darunter leidet. Erinnern wir uns, daß der Krieg eine Zeit lang vier Millionen Dollars per Tag gekostet hat.

Wer also hat die Schuld daran, daß unser Land gegenwärtig nicht in der Blüthe steht, in der es stehen sollte? Gewiß der Krieg. Wer ist an dem Kriege Schuld? die Rebellion. Wer hat die Rebellion verschuldet? Die, die sie heraufbeschworen haben, die Südlichen. Sie sind für all' die Noth und für all' das Elend verantwortlich zu machen. Wohl ist aber dabei zu bemerken, daß die Südlichen niemals gewagt haben würden, die Hand gegen die Union zu erheben, wenn sie von der nördlichen Demokratie nicht dazu ermuntert worden wäre, und wenn ihnen von dieser nicht Hülfe und Unterstützung zugesagt worden wären. Da liegt die Schuld. Die Demokraten sagen: die Republikaner haben Schulden gemacht. Gewiß. Jeder Krieg kostet Geld, und ist kein Geld im Schatz vorhanden, so muß geborgt werden. Auch die Demokraten hätten es nicht anders machen können. Die Regierung mußte borgen und gab für die Schulden, die sie machte, Schuldverschreibungen aus. Nun behaupten die Demokraten, diese Schuldverschreibungen, Bonds, seien so ausgegeben worden, daß eine neue Geldaristokratie entstehen mußte. Es ist wohl wahr, daß die Bondhalter gewisse Vortheile erhielten, aber man bedenke nur, daß das Land zu jener Zeit so erschöpft und entblößt war, daß dies nicht anders möglich sein konnte. Die Regierung war zu jener Zeit vollständig bankerott und rief aller Welt zu: „Gebt Geld!" Als die republikanische Partei an das Ruder kam, übernahm sie die Regierung ohne einen rothen Cent in der Casse. Der Regierung erging es damals gerade so, wie einem Kaufmann. Dieser verspricht in einem solchen Falle Viel, nur damit er sich aus seiner augenblicklichen Calamität heraushelfen kann. Er gibt Sicherheiten, die seine Gläubiger für den Fall des Mißlingens genügend decken und bietet Vortheile, die dem Gläubiger die Eingehung eines solchen Geschäftes angenehm und wünschenswerth machen. Konnte die Regierung kein Geld erhalten, so stand der Krieg still und die Opfer, die bis dahin gebracht worden waren, waren vollständig umsonst. Deshalb sagte die Regierung: Wir geben den Gläubigern Bonds, die einmal von den einzelnen Staaten nicht besteuert werden können, aber den Gläubigern 6 pCt. Zinsen in Gold tragen. Waren denn diese Bedingungen etwa zu hart und zu drückend für das Land? Gewiß nicht! Die Bedingungen waren im Gegentheil so mild und so sanft, wie man sie unter den obwaltenden Umständen nur erwarten konnte.

Die Bonds sind niemals besteuert worden, da sie nicht besteuert werden durften. Das Oberbundesgericht hat zu wiederholten Malen in diesem Sinne entschieden und würde im vorliegenden Falle nie anders entscheiden können, Gesetzt, die Demokraten kämen an's Ruder, die sicher nicht für Bezahlung der Schulden eingenommen sind, da sie die Prügel, die sie erhalten haben, nicht auch noch bezahlen wollen, gesetzt also, die Demokratie würde die herrschende Partei, so könnten sie die Bonds nach Gutdünken besteuern. Was würde die Folge davon sein? Würden die Bonds, die jetzt 6 Prozent Zinsen tragen, z. B. auf 7 Prozent besteuert, so müßte der Bondhalter 1 Prozent an Steuer mehr bezahlen, als er an Zinsen einnimmt und wäre gezwungen, die Bonds wegzugeben. Dadurch würden sie zunächst aus den einzelnen Staaten, dann aber aus dee Union herausgetazt werden. Und dies würde ein Betrug gegen die Constitution, gegen die Natur der Dinge sein. In einer Weise können die Bonds besteuert werden, von der Regierung der Verein. Staaten, wie jedes andere Einkommen als Einkommensteuer. Das geschieht und zwar mit vollem Rechte.

Dies sind die Argumente, die Demokraten gegen die Reconstruktion des Congresses gelten zu machen suchen. Sie sehen, sie sind durchaus nicht stichhaltig und bedürfen aller und jeder Begründung. Ich komme nun zu der nicht minder interessanten Frage: Wie sollen die Schulden bezahlt werden? In Gold oder in Greenbacks?

Nehmen wir an, sie sollten durch Greenbacks bezahlt werden. Die Regierung hat gegenwärtig etwa 50 Millionen Greenbacks in Händen. Damit läßt sich aber unsere ungeheure Nationalschuld nicht bezahlen. Es müßten alse entweder neue Greenbacks fabrizirt werden, oder die Greenbacks durch Steuern aus dem Volke herausgezogen werden. Würden aber neue Greenbacks fabricirt, so müßte in Greenbacks viel mehr bezahlt werden, nominell schuldig sind, da, wie z. B. heute, das Gold auf 146 steht. Greenbacks sind nichts weiter, als von der Regierung ausgebene Schuldverschreibungen, bills of hand. Es ist aber ein alter Erfahrungssatz, daß, je mehr ein Mann, ein Haus, eine Regierung Schuldverschreibungen ausgibt, desto mehr sinkt der Credit, Während der Papierdollar ungefähr 60 Cts. werth ist, würde er gar bald, wenn man auf die angegebene Weise verfahren wollte, nur noch 5 oder 5 Cents werth sein und der Credit des Landes wäre sofort vollständig ruinirt.

Die Demokraten sagen uns: das macht nichts aus, das trifft nur die Bondhalter, nicht aber die Gesammtmasse des Volkes. Dies ist aber wiederum falsch, da anerkannt nicht die Reichen allein Bondhalter sind, sondern zwei Drittel der Anzahl der Bonds in den Händen der sogenannten kleinen Leute sich befindet. Es ist das auch ganz natürlich. Der Spekulant und Kaufmann erzielt gewiß mit seinem Gelde lieber 10 oder 15 Prozent durch irgend welche geschäftliche Transaktion als nur 6 Prozent an den Bonds. Hat der Kaufmann wirklich Bonds in Händen, so benutzt er sie als Wechsel mit Europa und der ganzen Welt, nur die kleinen Leute halten sie fest; wenn diese Geld genug haben, so legen sie dasselbe in Bonds an und kaufen sich 5–20er.

Daß dies der Fall ist beweist uns der Umstand, daß sie in Deutschland die „Hausknechtsbonds" heißen, da sie nur von Leuten gehalten werden, denen der Verlust ihres Geldes gewiß nicht angenehm ist. Ist das die Geldaristokratie? Währe sie es, so wären Viele von Ihnen gewiß auch Geldbrozzen. Habt Ihr ein Haus, so versichert Ihr es vor unvorhergesehenem Schaden, habt Ihr Familie, so sichert Ihr dieselbe dadurch daß Ihr Euer Leben in Versicherungsgesellschaften versichert. Aber alle diese Versicherungs- und Creditanstalten legen ihr Geld meistentheils in Bonds an. Fallen nun die Bonds, so brechen alle die Creditanstalten mit einem Male zusammen.

Auf diese Weise haben nicht nur die Reichen, welche zufällig Bonds halten, ein Interesse daran daß der Credit durch die Bonds gesichert bleibe, sondern wir Alle. Ihr Alle seid an denselben betheiligt, als ob ihr selbst deren in der Tasche hättet. Mit den Banken und allen Creditinstituten würden natürlich auch die Fabriken, die von den Banken abhängen, zusammenbrechen, und es würde eine Krifis entstehen, die die 1857er bei Weitem übertreffen würde. Dann würde allerdings den meisten Bürgern nichts Anderes übrig bleiben, als dem Rathe der Demokratie zu folgen und nach den Territorien zu gehen, denn hier würde kein Geschäft, keine Fabrik, keine Bank, keine Creditanstalt im Stande sein, sich zu halten um dem Untergange zu entgehen. Aber auch in den Territorien würde dieselbe Noth herrschen, da mit dem Fallen des Credits, mit dem Eintreten der Krisis die Preise für die nothwendigsten Bedürfnisse des Lebens verhältnißmäßig steigen würden.

Soll die Nationalschuld vielleicht durch Steuern bezahlt werden? Gewiß ein Jeder hat jetzt schon an den Steuern, die er zu bezahlen hat, genug. Kein gutgesinnter Bürger wird sich zwar weigern, Steuern und verhältnißmäßig viel Steuern zu bezahlen, wenn dies die Umstände nothwendig verlangen. Wozu aber jetzt so viel besteuern, da es durchaus nicht nothwendig ist? Die Zeit in der die Bonds zu bezahlen sind, ist noch lange nicht herangekommen. Erst im Jahre 1882, also in vierzehn Jahren erst, sind die ersten Bonds zu bezahlen. Bis dahin aber ist der Reichthum der Vereinigten Staaten so gewachsen und die Hilfsquellen des Landes sind durch die geordneten Zustände derart entwickelt, daß es uns nicht schwer fallen würde, doppelt so viel zu bezahlen, als wir wirklich zu bezahlen haben. Außerdem wird in vierzehn Jahren der Süden, der gegenwärtig sehr wenig oder Nichts zur Bezahlung der Schuld beitragen kann, so weit gekräftigt sein, daß er das Land bei Erfüllung der Pflichten, die es nothgedrungen übernehmen mußte, gerade so wesentlich unterstützen kann, wie der Norden. Auch ist es ja von Rechtswegen Pflicht des Südens, daß er die Schulden, die seinetwegen gemacht worden sind, ganz besonders mit bezahlen hilft.

Die Republikanische Platform sagt ganz richtig, die Bezahlung der Schuld muß auf eine große Reihe von Jahren ausgedehnt werden, um dem Lande Gelegenheit und Zeit zu geben, sich zu erholen. Aus allen Vorschlägen der Demokraten dagegen blickt uns die Fratze der Repudiation entgegen. Ganz natürlich, denn weder der Süden noch der demokratische Norden ist für Bezahlung der Schuld eingenommen. Würde dadurch aber nicht das ganze Ausland, namentlich Europa, das uns so hülfreich und uneigennützig zur Seite gestanden hat, betrogen?

In diesem Falle könnte kein Deutscher in seine Heimathsstadt, sein Heimathsdorf zurückkehren, ohne ein Schuft genannt zu werden. Mit Fingern würde man auf die Vereinigten Staaten weisen, die eine derartige entehrende Maßregel gut heißen konnten. Es gibt vielleicht Amerikaner, die sich mit dem Gedanken der Repudiation vertraut machen können, zur Ehre der Deutschen kann aber behauptet werden, daß sie keinen Gefallen daran finden, sich auf Kosten Anderer zu bereichern.

Meine Herren! Was bleibt nun von den Argumenten der Demokraten übrig? Nichts, der letzte Trump, den sie ausspielen, ist der, daß sie sagen, die Repulikaner versprechen Frieden, der aber nur dann möglich ist, wenn sich der Süden unbedingt fügt, Der Norden kann verlangen, sich der Süden unterwirft. Dieses Recht steht ihm als Sieger zu. Der stolze Aristokrat General Lee hat sich dem gewöhnlichen Gerber aus Illinois gewiß nicht aus Liebhaberei unterworfen und vor ihm die Waffen in den Sand gestreckt. Er sah ein, das er es mußte, und Grant versteht es, dem Süden Unterwerfung zu lehren. Der Süden wird einsehen, daß er sich unterwerfen muß, und daß er sich einem Manne wie Grant mit vollem Vertrauen unterwerfen kann, da er gewiß nichts Uebesonnenes und Ungerechtes verlangen wird.

Die Demokroten sagen, ein solcher Friede ist der Friede des Kirchhofs. Das ist wahr, denn auf diesem Kirchhofe soll die südliche Aristokratie, die Sklaverei, die Unverschämtheit des Südens und die ganze demokratische Partei begraben werden. Aber aus dem Kirchhofe wird eine Zukunft hervorsprossen, die der Stolz eines jeden Amerikaners sein muß, eine Zeit der freien Arbeit, einer socialen Ordnung, die mit den Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung der Ver. Staaten übereinstimmt.

Was kann nun die Deutschen bei jener Partei noch zurückhalten, nachdem sie gesehen haben daß Grant der einzige Mann ist, der dem Lande zu einem so blühenden Zustande der Dinge verhelfen kann? Es sind nur die kleinlichsten Geschäftsrücksichten und der unselige, den Deutschen angeborene Kleinigkeitsgeist. Ich bin, sagt der Eine, zwanzig Jahre Demokrat gewesen, ich will es auch im einundzwanzigsten sein, und, bin ich nicht Demokrat, so geht mein Geschäft zu Grunde da ich meine besten Kunden unter den Demokraten zähle. Dieser unselige Kleinigkeitsgeist, der von je dem deutschen Vaterlande geschadet hat, und auch in der gegenwärtigen Zeit noch schadet in der endlich einmal ein großer Geist durch's ganze Land weht.

Der Frankfurter sagt, ich will wohl Deutscher sein, will aber auch Frankfurter bleiben, dasselbe sagt der Würtemberger und der Baier, so daß auch jetzt wieder der mächtige Ruf nach Freiheit und Einigung erfolglos verhallen würde, wenn nicht ein starker Arm dem deutschen Vaterlande gegeben wäre, der seine Aufgabe mit Energie verfolgt und gegen diese kleinlichen Rücksichten mit Erfolg auftritt.

Wir hier in Amerika sind die Vorposten den deutschen Geistes an den Küsten des atlantischen Meeres, wir haben die Pflicht, unseren deutsches Brüdern in Europa den Freiheitsruf zuzurufen, damit die Fesseln endlich einmal fallen. Was sollen aber jene von uns sagen, wenn wir selbst den Weg der Freiheit nicht betreten und uns selbst noch Fesseln gefallen lassen. Es ist Zeit, daß wir den unseligen Kleinigkeitsgeist abwerfen! Zeigen wir dem Amerikaner, daß wir es wohl verstehen, das Gute vom Schlechten zu unterscheiden, und daß wir Energie genug besitzen, unsere Vorsätze durchzuführen. Laßt uns auf die Hauptsachen sehen, nicht auf die Kleinigkeiten.

Welche Partei verminderte die Staatsschuld von Pennsylvanien?

Es ist eine allbekannte Thatsache, daß bis zum Jahre 1860 die demokratische Partei, mit nur einzelnen Ausnahmen, in unserem Staate die herrschende war. Das Exeeutiv-Departement, die Gerichtsbarkeit, den Staatsschatz, die Gesetzgebung und die Verwaltung der Kanäle hatte sie in ihrer Gewalt, und ist sie daher auch für die Lage verantwortlich, in der sich unser Staat in dieser Zeit befand.

Gouv. Curtin war der erste republikanische oder Whig-Gouverneur, welcher wieder erwählt wurde, da die Demokraten für viele Jahre alle ihre Gouverneure erwählten und wieder erwählten, mit Ausnahme von Rittner, Johnson und Pollock. Im November 1860, ehe Gouv. Curtin sein Amt angetreten, betrug die Staatsschuld $37,969,847.50. Am 1. August 1868, nach nicht ganz achtjähriger republikanischer Verwaltung, war die Staatsschuld bis auf $33,651,637.41 vermindert, das Volk also durch die weise und staatsmännische Verwaltung der republikanischen Partei von einer Schuld von

vier Millionen, dreihundert und achtzehn Tausend, zweihundert und zehn Dollars

befreit. Ferner muß man bedenken, daß während dieser Zeit die Taxen auf liegendes und persönliches Eigenthum ebenfalls, wie das Folgende zeigt, vermindert wurden:

Der Reinbetrag in 1863, '64 und '65 den Counties jährlich angerechnet	$1,651,314.33
Der Reinbetrag in 1866, '67 und '68 den Counties jährlich angerechnet	313,222.19
Jährliche Verminderung	$1,344,092.14
Rechnet man hinzu die Verminderung der Staatsschuld vom 30. Nov. 1860 bis 1. Aug. 1863 von	4,318,215.03
So zeigt dies eine durch die republikanische Partei verursachte Verminderung der Staats-Schuld von	$5,662,307.17

Hier ist eine deutliche Verminderung der Last des Volkes um

fünf Millionen, sechshundert und zwei und sechzig Tausend, dreihundert und sieben Dollars und siebenzehn Cents.

Während dieser stetigen, durch die republikanischen Gesetzgeber und Staatsbeamten herbeigeführten Verminderung der Staatsschuld und Taxen mußten noch die enormen Ausgaben bestritten werden für den von den demokratischen Anführern herbeigeführten Krieg, welche sich vom 1. Dezember 1860 bis zum 1. August 1868 auf $5,649,702.74 beliefen.

Angenommen nun, die demokratischen Anführer hätten die südliche Sclavenhalter-Rebellion nicht ermuthigt und unterstützt, so hätten diese außerordentlichen Kriegsausgaben nicht gemacht werden müssen, und rechnet man daher diese Kriegsausgaben und den Betrag der wirklich abbezahlten Staatsschuld zusammen, so hätte sich während der Verwaltung der republikanischen Partei die Staatsschuld um

neun Millionen, neunhundert und sieben und sechzig Tausend, neunhundert und zwölf Dollars und sieben und sechzig Cents

vermindert.

Gebet der republikanischen Partei eine weitere Verwaltung der Staatsangelegenheiten von acht Jahren, und die Staatsschuld wird fortwährend vermindert werden.

Die beiden Platformen.

Die große und wichtige Frage, um welche es sich bei der nächsten Wahl handelt, läßt sich sehr kurz in folgender Weise darstellen:

Grant: Lasset uns „Frieden" haben.
Blair: Lasset uns „Krieg" haben.

Demokratische Platform: Die Gesetze des Congresses sind verfassungswidrig, revolutionär und null und nichtig. Sie müssen umgestoßen werden.

Seymour: Ich acceptire die Platform.

Demokratische Platform: Die Gläubiger der Nation müssen betrogen und die Ehre der Nation vernichtet werden.

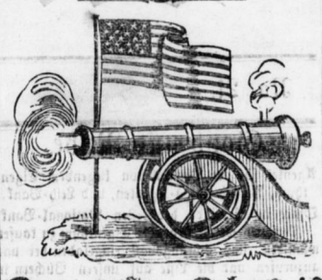
Republikanische Platform: Den Gläubigern der Nation soll ehrlich Wort gehalten werden.

Demokratische Platform: Alle „weißen" Menschen sind frei und gleich geboren.

Republikanische Platform: Alle Menschen „ohne Ausnahme" sind frei und gleich geboren.

Hurrah!

Hurrah!! Hurrah!!



Der erste Schuß ist gefallen!

VERMONT

hat gesprochen:

30,000

republikanische Mehrheit!

10,000

mehr als vergangenes Jahr!

Den Cops vergeht das „krähn"!

Unsere

haben ihre Pflicht gethan.

WILMINGTON O K!

Die Kupfer-Schlange verkriecht sich.

Es donnerte gewaltig in den Grünen Bergen letzten Dienstag, und lange noch wird es währen, bis die Copperheads sich von dem erschütternden Schlage erholen können, der sie durch die Wahl in Vermont getroffen hat. Natürlich konnten sie keinen Sieg ihrer Partei in diesem Staate erwarten, doch rechneten sie mit Sicherheit darauf, daß die republikanische Mehrheit eine um einige Tausend geringere als letztes Jahr sein würde. All ihre Berechnungen aber waren falsch. Das Volk will Frieden haben. Mit Abscheu wendet es sich von einer Partei, deren Anführer nur mit Lügen und Niederträchtigkeiten gedenken zur Herrschaft zu gelangen. Das Volk wird nimmermehr vergessen, durch welche ehrlose Lügen und Verläumdungen sie General Grant in den Koth zu ziehen suchten. Nein! Von einem Ende des Landes bis zum anderen wird das Volk in seiner Macht sich erheben und eine Partei verderben, deren Hauptbestreben dahin geht, Freiheit und Gerechtigkeit zu unterdrücken.

Hurrah für Vermont!

Andersonville.

Soldaten, wißt ihr auch, wer eigentlich die Schuld trägt an allen den Dingen, die euch einfallen, wenn ihr bloß den Namen Andersonville hört? Bisher habt ihr immer geglaubt, es sei Wirz, der Gehängte, oder es sei der Andere, den ich nicht nennen will, der Ungehängte, der jetzt auf einer Vergnügungsreise nach Europa begriffen ist, oder es sei irgend ein Galgenvogel geringerer Sorte, oder es sei überhaupt der Geist der Rebellion, der die Sache gut hieß, die eine aufgeklärte öffentliche Meinung verhindert hätte. Weit gefehlt! Die N. Y. „World" hat es ausgefunden, ihr